



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Treitschke, H. v.: Das Schweigen der Presse in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wir haben in diesen Wochen das Departements-Ersatzgeschäft abgewickelt. Mit dem glänzendsten Erfolge; denn es fehlten kaum mehr Leute als sonst, die Amerikaner. Doch wäre der Schluß irrig, daß deswegen wenig Leute „drüben“ wären; im Gegentheil bereiten sich eben wieder neue Zuzüge, denen der hohe Stand der Saaten treffliche Dienste leistet. Aber die Nationalregierung ertheilt den preußischen Heerespflichtigen Urlaub. So haben wir denn auch wieder Nachrichten aus dem Lager, aber eben keine neuen. Schmale Kost für die Leute, Kartoffeln, Grüge und viel Schnaps, gar kein Fleisch; ungleiche Bewaffnung; allerlei Exercitien, bei denen die Bäume den Schützen die Scheiben ersetzen müssen; Verdrossenheit des gemeinen Mannes, der sich dennoch fügt. Ein schwerer Schlag für die Insurgenten ist der hoffnungslose Zustand von Mielecki. Derselbe wird auf einem Gute bei Labischin verpflegt, und war ihm noch immer ein Commando offen gehalten.

Zuletzt habe ich noch eines Testamentes zu gedenken, in dem der zu Dresden verstorbene Kammerherr Graf v. Garczynski 70,000 Thlr. für ein Cadettenhaus in Posen ausgeworfen hat, und da wir einmal in Ihrer Heimath sind, so mache ich Sie auf die Bilder der Illustrierten Zeitung von unserm Kronfort und von hiesiger Stadt (Posen) aufmerksam. Weder Bild noch Text sind correct.

Das Schweigen der Presse in Preußen.

Ist es nothwendig, daß die Presse eines hochgebildeten, ruhmreichen Volkes grundsätzlich schweigt über die verhängnißvollen Fragen, die jedes Mannes Herz bewegen? Soll, so lange die Verordnung vom 1. Juni besteht, die Presse Preußens über die bedrängte Lage des Vaterlandes nichts Anderes zu Tage fördern als die unflätigen Schimpfreden der reactionären Blätter, einige dürftige thatsächliche Notizen und, wenn es hoch kommt, ein paar ärmliche Brosamen, die von dem Tische des reichen Mannes, der Presse in den kleinen deutschen Staaten, abfallen? Kein ehrlicher Liberaler in Deutschland, der nicht tiefbewegt diese ernstern Fragen in den letzten Wochen bei sich erwogen hätte. Und kein Wunder, daß die Antworten weit auseinandergehen. Wir sind alle groß geworden in den Begriffen des Rechtsstaates. An den Gedanken, daß für die Presse irgend ein Recht, wenn auch ein hartes, lästiges, bestehen müsse, sind wir gewöhnt wie an die Luft, die wir athmen. Nicht jedem fällt es leicht, sich in die Vorstellung einzuleben, daß wirklich das Eigenthum der preußischen Verleger, die Existenz der preußischen Journalisten lediglich dem

Belieben der Regierungsbehörden preisgegeben ist. Befangen in diesen tief eingewurzeltten Rechtsbegriffen, befangen in dem wohlmeinenden Vertrauen, daß auch das Ministerium Bismarck das Recht der Presse achte, hat die Redaction der Preussischen Jahrbücher in zwei Artikeln ihres Juniheftes den Versuch gemacht, auch jetzt noch die Opposition gegen die Regierung fortzuführen. Wir ehren den Muth, den edlen Sinn, dem dieser Versuch entsprungen ist, aber wir halten es für die Pflicht dieses liberalen Blattes, den Preussischen Jahrbüchern unsere Meinung zu sagen: wenn die liberale Presse Preussens heute nicht anders reden darf als in dem Tone, welchen das Juniheft der Jahrbücher anschlägt, dann thut sie besser zu schweigen. Die Grenzboten haben seit Jahren mit diesen Jahrbüchern gute Freundschaft und Bundesgenossenschaft gehalten, und der diese Zeilen schreibt, hat selber seit der Gründung des Blattes an den Jahrbüchern treu und freudig mitgearbeitet. Wir haben willig hinweggesehen über manche Meinungsverschiedenheit, wir nahmen keinen Anstoß daran, daß die berliner Correspondenzen der Jahrbücher, geblendet durch die achtungswerthe Pietät vor den Führern der altliberalen Partei, die große und nothwendige Umwandlung des deutschen Parteilbens in den jüngsten Jahren niemals unbefangen zu würdigen vermochten. Wir meinten, die liberale Presse solle sich nicht selber schwächen durch häuslichen Hader, derweil die Macht der Reaction ihr noch geschlossen und drohend gegenübersteht. Und immer wieder wußten die Jahrbücher ihre Freunde außerhalb Preussens zu versöhnen durch ihre guten, oft vortrefflichen, historischen Aufsätze. Noch das Maiheft brachte aus der Feder des verdienten Herausgebers R. Haym einen Essay über Barnhagen, ein Muster strenger Gerechtigkeit, eine köstliche Verurtheilung jenes klatschfüchtigen dilettantischen Politisirens, mit welchem der echte durchgebildete Liberalismus sich nimmermehr vertragen darf. Jetzt aber sehen wir die Jahrbücher versinken in den alten, so oft und bitter schon gebüßten Erbfehler der Altliberalen, wir sehen sie da Vertrauen zeigen, wo jedes Vertrauen verschwendet und verloren ist, und darüber in die Gefahr gerathen, auszuschneiden aus den Reihen der liberalen Partei. Nur um dies zu verhindern, um unsrer Partei ein mit Recht geachtetes Organ zu erhalten, sagen wir jetzt den Preussischen Jahrbüchern: Ihr redet von dem Ministerium Bismarck in einer Weise, die für ein liberales Blatt sich schlechterdings nicht geziemt.

Will ein liberales berliner Blatt über die Verordnung vom 1. Juni sprechen, so muß es beginnen mit der Constatirung einer Thatsache, die jedem verfassungstreuen Preußen unzweifelhaft ist, es muß rundweg erklären: „die Verfassung ist verletzt in ihren wesentlichsten Bestimmungen“ und dem Schicksal anheimstellen, ob der berliner Polizeipräsident in diesen Worten eine Gefährdung des Gemeinwohles erblicken will. Wohl mag der preussische Stolz sich

sträuben gegen ein so tief beschämendes Eingeständniß, und wir sind die Letzten, dies Gefühl zu verhöhnen. Wir haben sie ja selber redlich mitgekostet, die brennende Empfindung der Scham, wir von der preussischen Partei außerhalb Preußens, die wir unsre stolzesten deutschen Hoffnungen auf diesen Staat auch dann noch stützen werden, wenn ein Bismarck der Zehnte in Preußen regierte, die wir heute umhergehen gleich dem Schlafwandler, dem die gesunden Leute schwindelnd nachschauen auf seiner halzbrechenden Bahn. Aber aller Stolz des Patrioten darf den preussischen Politiker nicht dahin führen, den Kopf in die Erde zu stecken wie der Vogel Strauß, offenkundige Thatsachen hinwegzuläugnen, wie die Pr. Jahrbücher thun, wenn sie rufen: „Man wird doch auf Preußen nicht die Schmach laden wollen, daß irgend eines seiner Ministerien, um sich in Autorität zu erhalten, der Freiheit noch engere Schranken ziehen müsse, als die Regierung eines Parvenu dies zu thun gezwungen ist?“ Müßige Frage, vorläufig beantwortet durch Thaten, die nackt vor Aller Augen liegen! Ja wohl, das gegenwärtige preussische Ministerium hat bereits der Pressfreiheit engere Schranken gezogen als Napoleon der Dritte oder der weiße Czar oder irgend ein Beherrscher irgend eines civilisirten Staates der Gegenwart. Und nimmermehr frommt es der guten Sache, diese ernste Thatsache dadurch zu mildern, daß man über die Beweggründe der Regierung gutmüthige Vermuthungen aufstellt, wie diese: „keine Frage, die über die Presse verhängten Maßregeln sind nicht etwa aus despotischem Gelüst, sondern aus Wohlmeinung für den Thron und das Land hervorgegangen.“ Wir gäben viel darum, wenn ein Satz wie dieser niemals Eingang gefunden hätte in die Spalten eines liberalen preussischen Blatts. Auch Karl der Erste von England, auch Karl der Zehnte von Frankreich haben im guten Glauben gehandelt, und wie damals Engländer und Franzosen, so sollen heute die Preußen kalt und stolz von sich weisen jedes beschwichtigende Wort, das sie ablenken könnte von dem Einen allein rettenden Gedanken: das Recht des Landes ist verletzt und wer ein guter Bürger ist, der wirke, daß es wiederhergestellt werde. Noch einen andren Grund der Hoffnung finden die Jahrbücher in den Worten der Einleitung zu der Pressverordnung selber, welche ja nur die Absicht hat, „die Pressfreiheit selbst auf den Boden der Sittlichkeit und der Selbstachtung zurückzuführen!“ Also, die Minister versichern in derselben Verordnung, welche die von ihnen beschworene Verfassung verletzt: „wir stehen auf dem Boden der Sittlichkeit“, und die Preuß. Jahrbücher glauben ihrem Worte und leben der Hoffnung, die Regierung werde nur die Verletzung der Sittlichkeit durch Verwarnungen bestrafen! Wir haben es nie für möglich gehalten, daß die menschliche Vertrauensseligkeit einer so grenzenlosen Ausdehnung fähig sei. Gewaltsam unterdrücken wir die starken Worte, welche sich unwillkürlich in unsre Feder drängen, und fragen die Jahrbücher nur: wie hat die Regierung bisher ihr Wort

gehalten? Wir greifen aus den zahllosen Beispielen einer Verwaltungspraxis, welche nicht mehr deutschen, sondern russischen Grundsätzen huldigt, nur das Wichtigste heraus und fragen: also, die Redactionen der berliner Journale haben den Boden der Sittlichkeit und der Selbstachtung verlassen, als sie in den maßvollsten, den würdigsten Worten, die der Ruhigste der Sterblichen erfassen konnte, ihre gewissenhafte Ueberzeugung aussprachen, die Verfassung sei geschädigt? Und was ist erreicht mit diesen Ficktionen, die ein liberales Blatt nie aufstellen durfte? Wie denken die Jahrbücher zu wirken auf die Seele ihrer Leser? Die Heißblutigen werden das Blatt mit Hohnlachen zur Erde werfen, und der Gutmüthigste unter den Gutmüthigen wird fragen: wie ist es nur möglich, daß ein ehrenhaftes Blatt im Namen der Wahrheit sich selber so gröblich täuschen konnte? Und die Regierung? Wir maßen uns nicht an, das schlechthin Unberechenbare, die Laune des Herrn v. Bismarck, vorherzubestimmen, aber wir müßten uns sehr irren, wenn er nicht nach der Lectüre der Jahrbücher mit befriedigtem Lächeln gesagt hat: das konnte ich nicht erwarten, daß diese Herren Liberalen mir glauben würden, ich stehe auf dem Boden ihrer Sittlichkeit! Und wie nun, wenn die Jahrbücher geeignetes Gehör fänden bei diesen Ministern? Da würden sie die Verschuldung tragen, aus der edelsten Absicht die Minister getäuscht zu haben über die Lage des Landes. Denn eine Täuschung ist es, zu sagen, „wir wollten eine Verständigung auf dem Grunde der unbeschädigten Verfassung.“ Mit diesen Ministern, welche die Verfassung selbst beschädigt — nimmermehr. Eine Täuschung ist es, zu sagen, die Minister hätten dem König bloß „nicht weise“ gerathen. Nicht durch Ficktionen, nicht durch höfliche Worte läßt sich die Thatsache verhüllen, daß das Recht des Landes gebrochen ist. Sollen wir verschweigen, jetzt verschweigen, daß die ganze Zukunft des Hauses Hohenzollern in Frage steht, daß eine unheimliche, finstere Verbitterung die Verzweiflung an dem Bestande jedes Rechts sich täglich wachsend der Gemüther der Nation bemächtigt, daß wir einer Revolution entgegengehen, die nicht mehr bloß durch ein Verlassen des betretenen Weges, sondern allein durch eine strenge ernste Sühne abzuwenden ist? Jetzt ist es Zeit, die Krone zu mahnen an ein Wort, das Einer der Besten und Bestverleumdeten aussprach, da das deutsche Parlament im Sterben lag, an das Wort Karl Mathys: „es ist leichter möglich, daß ein Preußen ohne einen Erbkönig bestehe als ein Preußen ohne Deutschland.“ Unser Volk ist seit langen Jahren nicht so frei gewesen wie heute von republikanischer Phantasterei, doch wer ist so vermessen, bestimmt zu glauben, die Verfassung werde auf die Dauer von untenher gehalten werden, wenn sie von obenher verletzt wird?

Wohl keiner unserer Leser wird bestreiten, daß die liberale Presse Preußens dem Beispiele der Jahrbücher nicht folgen darf. Ist das Weiterführen der Opposition wirklich nur unter der Bedingung möglich, daß die Presse die wohl-

meinenden Absichten des Herrn v. Bismarck oder gar des Herrn v. Noon anerkennt, der bereits mit unveränderter Meinung in dem dritten Cabinetes sitzt: dann bleibt der liberalen Presse nur der eine Weg des Schweigens offen. Fern sei es von uns, zu behaupten, die Redaction der Pr. Jahrbücher glaube im Herzen nicht an jene Wohlmeinung des Ministeriums, die sie mit dem Munde anerkennt. Wir wissen, daß wir zu thun haben mit Männern von Ehre, mit Männern, die dann am wenigsten eine Unwahrheit zu sagen im Stande sind, wenn sie ihren Aussag mit dem Spruche schließen: gedient ist niemals Keinem mit der Lüge. Doch um so bestimmter müssen wir den Jahrbüchern vorwerfen, daß sie unbewußt in einen schweren politischen Fehler verfallen sind, den die übrige liberale Presse nimmermehr nachahmen darf. Das ist der köstlichste Gewinn der herben Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, daß aus den alten Parteien des Centrums und der Demokratie die rührigsten Elemente zu einer neuen Partei zusammengetreten sind. Wohl ist es eine junge Partei, noch sehr unfertig und der Fortbildung bedürftig, aber es ist ein guter, ein nothwendiger Bund, nicht durch den Zufall zusammengeweht und so leicht nicht wieder zu lösen. Das Tüchtige und Erprobte ist von den Parteien des frankfurter Parlaments auf diese neue nationale als ein Erbtheil herübergekommen, von dem Centrum der Grundsatz, daß der Neubau des deutschen Staats an Preußen sich anschließen muß, von der Linken die Beweglichkeit und Opferwilligkeit und das heilsame wache Mißtrauen gegen die noch unerstorbenen Mächte des Absolutismus. Und wie die Demokratie unter allen Parteien der Gegenwart wohl das Meiste gelernt hat und manche banausische Gewohnheit ihrer alten Tage männlich abgeschüttelt hat, so sind auch jene Männer des alten Centrums, welche heute zu der nationalen Partei zählen, inzwischen frei geworden von manchen Schwächen ihrer Vergangenheit, vornehmlich von jener Vertrauensseligkeit, die den Thaten des Absolutismus als „rettenden Thaten“ zuzubelte. Widerwillig hat ein kleiner Theil der Altliberalen in Preußen diesem Wandel der Dinge zugeschaut. Noch war in ihnen allzuviel lebendig von dem Demofratenhaß einer überwundenen Epoche. Von einem Minister der neuen Aera kennen wir das bezeichnende Wort, die Regierung des Herrn v. Roggenbach werde zu einer neuen Revolution in Baden führen! Den jüngeren Genossen stand es eine Zeit lang wohl an, zu dieser Zurückhaltung der Aelteren zu schweigen, wie schwer mußte es doch diesen fallen, alten tiefeingewurzelten Antipathien zu entsagen. Aber auch die hochachtungsvolle Rücksicht hat ihre Grenze, und wir meinen, diese Grenze ist jetzt erreicht. Auch dem Ministerium Bismarck Vertrauen entgegenzubringen in seine guten Absichten: — das ist mehr, weit mehr als ein liberales Blatt sich erlauben darf. Um solchen Preis ist die „Freiheit der Rede“ für die preußische Presse zu theuer erkauft.

Doch mit Alledem ist die Frage noch nicht beantwortet, ob es nicht möglich sei, in der preußischen Presse das herrschende System zu bekämpfen, ohne die Fiction von den guten Absichten des Herrn v. Bismarck auszusprechen. Die Verordnung vom 1. Juni bildet zwar nicht, wie die Preußischen Jahrbücher unverzeihlicherweise sich ausdrücken, „bis auf Weiteres den gesetzlich bestehenden Zustand“, wohl aber den thatsächlich bestehenden, durch die Macht aufrecht erhaltenen Zustand. Die Presse muß allerdings vor diesem Zustand ausgehen. Ist sie nun wirklich, wie die Jahrbücher ihr vorwerfen, „noch hinter die Grenzen des Erlaubten zurückgewichen?“ Wenn nur die Redaction der Jahrbücher, wenn nur irgend ein Sterblicher uns sagen könnte, wo die Grenzen des Erlaubten für die preußische Presse gegenwärtig liegen! Erlaubt ist, was nach der Meinung der Regierung des Bezirks das Staatswohl nicht gefährdet, und mit dem besten wie mit dem schlechtesten Willen wird es keinem

Redacteur gelingen, diese Meinung des Regierungspräsidenten und seiner Rätbe im Voraus zu errathen. Die preußische Presse steht dem schlechterdings Unberechenbaren gegenüber, ihr Schaffen ist ein Würfelspiel geworden, und nur eine Phrase sehen wir in der Behauptung der Jahrbücher: „nicht darum handelt es sich, unter allen Umständen das Schicksal der Verwarnungen und der Verbote zu vermeiden, sondern darum, es so wenig wie möglich zu verdienen.“ Verdient werden kann eine Verwarnung der heutigen preußischen Art unter keinen Umständen, und so lange die preußische Presse noch „Selbstachtung“ besitzt, darf sie die Möglichkeit gar nicht zugeben, daß eine Verwarnung verdient sein könne. Was die Regierung unter „Sittlichkeit und Selbstachtung“ versteht, davon haben die bereits erfolgten Verwarnungen ein ebenso verständliches Zeugniß gegeben, wie die Geständnisse der reactionären Presse. Auch dies scheint uns ein schwerer Irrthum der Jahrbücher, daß sie das Ministerium „aufs Strengste“ von der reactionären Presse scheiden. Welches Recht haben wir, Herrn v. Bismarck für so kindisch zu halten, daß er aus Staatsmitteln Journalisten besolden sollte, welche nicht seine eigne Meinung aussprechen? Die Herren von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sind allerdings gegenwärtig die literarischen Vertreter der Ansichten der preußischen Regierung. Wir wollen es einem preußischen Patrioten verzeihen, wenn er Gründe zu haben glaubt, mit Stillschweigen über diese Thatsache hinwegzugehen; sie abzuleugnen ist nicht wohlgethan.

Die unerhörte Bedrängniß der preußischen Presse hat zu den wunderlichsten Vorschlägen der Abwehr geführt. Der Plan ist ausgesprochen worden, zwanzig, dreißig liberale Blätter sollten gleichzeitig denselben Artikel bringen, die gesammte liberale Presse könne die Regierung doch unmöglich verbieten. Wir fragen: warum nicht? was ist unmöglich, so lange die Verordnung vom 1. Juni noch besteht? Vergesse man doch nicht, daß Verwaltungsbeamte nicht zu der Unparteilichkeit des Richters verpflichtet sind. Wer steht dafür, daß in jenem Falle nicht einzelne aus den schuldigen Blättern herausgegriffen und allein verboten werden? Kann man im Ernste von einem Blatt fordern, daß es auf ein blindes Ungefähr hin sein Dasein wage? Und wäre nur irgend ein Nutzen mit dem Wagniß erreicht! Aber man bedenke, daß neben dem neuen System der Verwarnungen noch das alte System der gerichtlichen Verurtheilungen ungestört fortgeht. Die Staatsanwälte sind unbedingt abhängig, sie haben die strengsten Instructionen und werden jedes Blatt, das einen ernstlich oppositionellen Aufsatz enthält, sofort confisciren lassen. Möglich, daß das Gericht das confiscirte Blatt wieder frei gibt — aber nach Monaten, wenn es Maculatur geworden; der erste Zweck der Presse also, gelesen zu werden und zu wirken auf die Leser, ist vereitelt. Ueber jene Angelegenheiten, welche vor allen andern die Herzen der Preußen mit Sorge erfüllen, über das budgetlose Regiment und die Preßverordnung, kann ein liberales Blatt in Preußen heute unmöglich reden. Denn spricht es wie es soll, so muß das A und das O seiner Betrachtungen der Satz bilden: die Verfassung ist verletzt. Dann aber ist „der Boden der Sittlichkeit und Selbstachtung“ unzweifelhaft verlassen, und Confiscation, Verwarnung, Verbot unvermeidlich. So bleiben der preußischen Presse nur die Staatsfragen zweiten und dritten Ranges übrig, und wir verargen es keiner Redaction, wenn sie verschmäht, über diese Dinge unter fortwährendem ängstlichen Lauschen auf die Ansicht des Regierungspräsidenten zu reden, während sie doch schweigen muß über das, was jedes Herz bewegt. Endlich, der gegenwärtige Zustand ist nur ein Provisorium. In wenigen Monaten, wenn das Haus der Abgeordneten zusammentritt und seine Genehmigung versagt, muß er enden. Jedenfalls muß die Presse auf das Eintreten dieses

gesetzlich nothwendigen Falles rechnen, und darf man von einem alten angesehenen Blatte mit festem Leserkreise verlangen, daß es für diese kurze Frist sein Dasein auf das Spiel setze, daß es das Publicum eines geachteten Organes beraube, während doch das Vorhandensein gesicherter Parteiorgane von größter Wichtigkeit ist für den Fall, daß die Möglichkeit des Redens wieder beginnt? Sollte die Preßverordnung auch gegen den Widerspruch der Abgeordneten aufrecht erhalten werden, dann freilich würden Zustände in Preußen eintreten, welche jeder Voraussicht spotten, Zustände so fragwürdiger Art, daß man sie erst erleben muß, um einen Entschluß darüber zu fassen. Auch wir bedauern mit den Jahrbüchern, daß die preußischen Zeitungen nicht Parteiorgane im strengsten Sinne, sondern buchhändlerische Unternehmungen sind. Wer aber einen Begriff davon hat, daß neue Zeitungen nicht über Nacht entstehen, wer bedenkt, daß die Parteien den einmal bestehenden Zeitungen eine wohlverdiente Rücksicht schuldig sind, den wird es nicht befremden, daß die Parteien Preußens vor dem Zusammentritte des Landtags nicht versuchen wollen, neue, redende Zeitschriften neben den alten, schweigenden ins Leben zu rufen. Die preußische Presse litt vor dem 1. Juni noch an manchen natürlichen Mängeln der Jugend. Sie war dem Volke noch nicht in solchem Maße tägliches Brod geworden, wie dies bei Völkern mit älterem Parteileben der Fall ist; die Haltung des preußischen Volks nach der Preßverordnung gab dessen ein Zeugniß. Auch des Unverständigen haben wir Vieles in der Presse vor dem 1. Juni gelesen, vornehmlich über die Militärfrage und die polnische Sache; aber wer denkt so leichtsinnig groß von den Menschen, um unter achtzehn Millionen, in einer Zeit politischer Erregung, nur verständige Worte zu erwarten? Im Ganzen und Großen hat die preußische Presse ihre Pflicht gethan. Wer darf diesen Publicisten, die so lange mit Muth und Mäßigung für ihre Ueberzeugung gestritten, nachsagen, daß sie mit einem Male Mann für Mann von feigen und niederträchtigen Motiven sich leiten lassen? Den Gefnebelten den Vorwurf des „feigen Verstummens“ zuzurufen, das mögen wir billig den Schreibern der Reaction überlassen; uns hat es geschmerzt, diesen Vorwurf auch in den Pr. Jahrbüchern zu finden.

Alles in Allem meinen wir: auch jene preußischen Zeitungen erfüllen heute ihre Pflicht, welche über die inneren Fragen und Thatfachen, zahlreich und wohlgeordnet, ihren Lesern berichten und, in Erwartung des Landtags, ihre selbständige Kritik vorläufig auf die auswärtigen Angelegenheiten beschränken. Das gehässige Geflüster freilich wird dauern und anwachsen, da das ehrliche laute Urtheil verstummt; zahlreicher, giftiger immer werden jene boshafte Geschichten aus dem Boden schießen, welche die öffentliche Meinung verderben und verpesten. Wir beklagen ihn tief, diesen unseligen Zustand, aber nicht die Presse ist es, die ihn hervorgerufen. Will eine preußische Zeitschrift noch mehr wagen und auch jetzt noch den Widerspruch gegen das herrschende System fortführen: wohlan, sie wage es, wir freuen uns des Muthes der Redaction und der hingebenden Aufopferung des Verlegers. Aber dann rede sie auch ohne Selbstüberhebung gegen ihre Genossen, welche der unberechenbaren Macht gegenüber einen andern Weg vorziehen. Und vor Allem, dann rede sie ohne unsern Gegnern Zugeständnisse zu machen, die ein Liberaler nicht über die Lippen bringen darf.

Etwas anders, etwas freier ist die Lage der nichtpreußischen Presse. Auch über den Grenzboten schwebt die Gefahr des Verbotes. Wir sind uns bewußt, den Boden der Sittlichkeit und Selbstachtung nie verlassen zu haben, aber wir wissen nicht, ob das Ministerium Bismarck diese gute Meinung theilt. Wir werden fortfahren, die Geschicke des Staates, der die Grundlage aller

unserer deutschen Hoffnungen ist und bleibt, mit unserer Kritik zu begleiten. Wir werden sprechen so maßvoll und besonnen wie ein Patriot reden kann Angesichts der schweren Zukunft, der wir entgegengehen. Sollte das Nebelwollen des Ministeriums Bismarck auch die grünen Blätter ereilen: wir werden es hinnehmen müssen wie einen Hagelschlag, der liebste Theil unserer Aussaat wäre verloren, doch unser Wiß weiß kein Mittel, dem Schlage vorzubeugen. Aber von dem „sittlichen Rechte des Standpunktes“ der gegenwärtigen preussischen Regierung sprechen, wie die Preussischen Jahrbücher thun, das wollen, das können wir nicht, und es ist uns eine traurige Pflicht, den Jahrbüchern zu sagen, daß an dieser Stelle unsere Wege sich scheiden.

H. v. Treitschke.

Preußen und Polen.

Seit der Wortlaut der wichtigen Depeschen bekannt wurde, welche England, Frankreich, Oestreich nach Petersburg adressirten, sind die Befürchtungen vor einem Kriege Rußlands und Frankreichs verringert, welche man in Deutschland zu hegen Ursache hatte. Zu den sechs Punkten — allgemeine Amnestie; nationale Vertretung; die öffentlichen Aemter mit Polen besetzt; Polnisch als Amtssprache; Freiheit des Cultus; ein geselliges-Recrutirungssystem; — welche den Depeschen der drei Mächte gemeinsam sind, kommen von Seiten Englands und Frankreichs noch drei Vorschläge: Annahme dieser Punkte zur Basis der Unterhandlungen, provisorische Waffenruhe, Vereinbarung über die polnische Frage in einer Conferenz der acht Mächte, welche den wiener Vertrag unterzeichnet haben. Oestreich begnügt sich vorsichtiger, die Conferenz von der Ansicht Rußlands abhängig zu machen und den allgemeinen Wunsch auszusprechen, daß dem Blutvergießen Einhalt gethan werde.

Durch diese Zurückhaltung Oestreichs, welche in seinen eigenen politischen Verhältnissen wohl begründet ist und durch die Erklärungen im englischen Parlament, daß die polnische Frage keine Kriegsfrage sein solle, ist die Stellung der russischen Regierung eine wesentlich bessere geworden, als man annahm.

Und es liegt sicher im Interesse Rußlands, ohne Rückhalt auf die sechs Punkte einzugehen und diese Einwirkung des Auslandes, wie unbequem dieselbe erschienen sei, zur Regelung der polnischen Frage zu benutzen.

Dagegen ist wenig Zweifeln unterworfen, daß das geheime Comité in Warschau und die Emigration mit den sechs Punkten nicht zufrieden sind und eine Einstellung der Feindseligkeiten für sich verderblich erachten. Es liegt im Wesen jeder revolutionären Partei, daß sie ihren Einfluß nicht aus der Hand geben, ihre Thätigkeit nicht beschränkt sehen kann, und daß sie sich selbst über den Umfang ihrer Machtmittel verblendet. Die Politik, durch welche das geheime Comité sich bis jetzt erhalten hat, besteht in einem Terrorismus, der nicht weniger hart und in seinen einzelnen Erscheinungen nicht weniger greulich ist, als die Unmenschlichkeiten russischer Befehlshaber. Die Revolutionspartei wurde fast noch mehr als durch die Sympathien, welche sie im Lande fand, gefördert durch die falschen und unbehilflichen Maßregeln ihrer Gegner. Wenn es ihr gelungen ist, in Warschau selbst die Bevölkerung theils zu begeistern, theils einzuschüchtern, so reicht ihre Einwirkung auf das Land nur so weit, als die Streifzüge ihrer bewaffneten Banden sich ausdehnen. Es ist ihr nicht geglückt, die Masse des Landvolks für sich zu gewinnen, sie wird im Geheimen von den einzel-